

empirica
Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH
Kurfürstendamm 234
10719 Berlin

DIE ZUKUNFT DES SOZIALSYSTEMS IN DEUTSCHLAND

Eine polemische Analyse und ernst gemeinte Reformvorschläge

Harald Simons

<http://www.empirica-institut.de/kufa/empi070hs.pdf>

veröffentlicht in:

Dettling, Daniel (Hrs.g.): »Deutschland ruckt«
– Die junge Republik zwischen Brüssel, Berlin und Budapest –
Edition Berliner Republik,
P.O.D.PRINT, 2000, Frankfurt,
ISBN 3-934429-16-5

Abstract

Germany will, as any other industrialised country, experience a period of rapid ageing. The number of recipients of public transfers will double relatively to the number of potential contributors within the next 30 years. Future financial requirements of all elements of the social security system in Germany –pensions, health care, nursing, pensions for public employees –will drive state expenditures from 50% of 65% of GNP, when keeping expenditures per head constant. Recent proposals on reforming the social security system focus on reducing future increments in public spending. This “Politics by Increments” is effectively shifting the financial burden of ageing on today’s young generation. Intergenerational equity or fairness is heavily afflicted. Private provision is necessary out of micro- and macroeconomic reasons. But for more than 20 years income of young households in Germany is decreasing – minus 10% to 15% compared to 1978 – whereas income of households aged 60 to 70 have increased by more than 30%. The author argues that the public pensions per head needs to be reduced not only in future but also for present recipients. The recently introduced compulsory nursing insurance must be abolished. For any new proposal matters of generational equity needs to be considered compulsory.

Die Zukunft des Sozialsystems in Deutschland

Wie sieht die Zukunft des Sozialsystems in Deutschland aus? Nicht gut. Und wenn wir es nicht anpacken: gar nicht gut.

Der Grund ist ebenso einfach wie schwierig zu lösen. Die Gesellschaft altert. 1996 lebten in Deutschland rund 17,5 Mio. Menschen die älter als 60 Jahre waren. In 40 Jahren werden über 30 Mio. älter als 60 sein, darunter auch alle Autoren dieses Buches, voraussichtlich auch die meisten Leser und hoffentlich auch ich. Gleichzeitig sinkt die Zahl der 20 bis 60 Jährigen von 47 Millionen auf 38 Millionen – bei einer sehr optimistischen Rechnung bezüglich Geburten und Einwanderung.

Die Folgen für jedes Sozialsystem – unabhängig davon, wie es ausgestaltet ist – sind grundsätzlich einfach. In jedem Sozialsystem gibt es Zahler und Empfänger. Wenn die Anzahl der Empfänger sich relativ zu den Zahlern verdoppelt, muß entweder jeder Zahler auch das Doppelte zahlen - oder jeder Empfänger erhält nur noch die Hälfte.

Zur Zeit wird allerorten über die Zukunft der Rentenversicherung diskutiert. Das ärgerliche an dieser Diskussion ist, daß bislang *nur* die Rentenversicherung diskutiert wird. Dabei bahnen sich in den anderen Zweigen der Sozialversicherungen auch regelrechte Kostenexplosionen an.

Perspektiven der Rentenversicherung

Die deutsche Rentenversicherung funktioniert nach dem sogenannten Umlageverfahren. Ein Umlagesystem ist ein anderes Wort für ein Hand-in-den-Mund-System. An jedem Monatsende überweisen die erwerbstätigen Beitragszahler 20% ihres Lohnes an die Rentenversicherung, die wiederum zahlt dieses Geld sofort an die heutigen Rentner aus. Gespart wird nichts.

Die Beitragszahler erwerben im Gegenzug für ihre Beiträge Rentenanwartschaften. Rentenanwartschaften ist ein anderes Wort für ein Versprechen. Die Rentenversicherung verspricht uns heute, daß auch wir einmal eine Rente bekommen sollen. Das Versprechen lautet: Wenn Du 45 Jahre gearbeitet hast und immer genau durchschnittlich viel eingezahlt hast, dann erhältst Du als Rente 70% des Durchschnittslohnes der noch arbeitenden.

Die Zahl der Rentner wird sich in den nächsten 30 Jahren im Verhältnis zu den Erwerbsfähigen verdoppeln. Damit die Rentenversicherung ihr Versprechen uns gegenüber halten kann, müßte also jeder Erwerbstätige dann Doppelt so viel zahlen wie wir heute, obwohl auch er nur das gleiche Versprechen bekommt. Wer wird zu dieser Selbstenteignung bereit sein?

Die erste Reform wurde dann auch 1992 umgesetzt, reichte aber nicht aus. Der derzeit beliebteste Reformvorschlag ist auch die naheliegendste. Die Rentenversicherung soll den heutigen

Beitragszahlern einfach weniger versprechen. Statt wie bisher soll die Rentenversicherung uns nicht mehr ein Rentenniveau von 70% versprechen, sondern einfach weniger. Der Vorschlag der CDU, „Demographischer Faktor“, sieht genau das vor: statt 70% nur noch 64%. Leider reicht auch dies nicht aus. Die Beiträge müssen trotzdem weiter steigen, nur nicht mehr ganz so hoch auf geschätzte 28% des Einkommens (SINN, THUM 1999). Für unsere Generation heißt das: Wir zahlen zwar zunehmend mehr in die Rentenkasse ein, bekommen dafür aber zunehmend weniger Rente. Der im Detail noch unbekannt Vorschlag der SPD ist kaum anders.

Perspektiven der Krankenversicherung und Pflegeversicherung

Die gesetzlichen Krankenversicherungen werden wie die Rentenversicherung im Umlageverfahren (Hand-in-den-Mund-Verfahren) finanziert. Die Mitglieder zahlen monatlich einen Anteil von ca. 13% ihres Arbeitseinkommen in die Krankenversicherung ein, die davon wiederum die Zahnärzte, Krankenhäuser etc. bezahlt. Im Unterschied zur Rentenversicherung sind aber die Empfänger und die Zahler nicht vollständig getrennte Gruppen. Jeder muß zum Zahnarzt oder bedarf manchmal einer teuren Operation. Jedes Mitglied erhält also *gleichzeitig* auch eine Gegenleistung für seine Beiträge.

Trotzdem spricht auch die gesetzliche Krankenversicherung implizit Versprechungen aus, für die noch keine sichere Finanzierung vorhanden ist. Der Grund ist wiederum die Alterung der Gesellschaft. Alte Menschen brauchen mehr medizinische Versorgung als junge Menschen. Daran sollte man auch nichts ändern. Mehr medizinische Versorgung kostet aber auch mehr Geld. Das Finanzierungsproblem entsteht dadurch, daß die Beiträge zur Krankenversicherung sich anhand der Höhe des Einkommen bemessen und nicht anhand der – durchschnittlichen – Kosten, die mit dem Alter drastisch steigen. In der Summe zahlen die Jungen damit für die Alten mit. Dafür bekam der Junge bislang das gleiche Versprechen. Die weitere Argumentation ist damit analog zur Rentenversicherung, ein Anstieg der Beitragssätze ist zwingend. Wird unterstellt, daß es keine Ausgabenerhöhung aufgrund des medizinischen Fortschritts gibt – um nur den Alterungseffekt zu berücksichtigen – steigen die Beitragssätze auf mindestens 20%.

Die erst 1992 eingeführte Pflegeversicherung ist ebenfalls ein Hand-in-den-Mund-System. Die Beitragszahler zahlen zur Zeit 1,7% ihres Einkommens in die Pflegeversicherung. Wiederum bekommen sie dafür nur ein Versprechen auf zukünftige Zahlung. Die Pflegeversicherung richtet sich vorrangig an die Alten und sehr Alten der Gesellschaft. Nimmt die Zahl der Alten zu, steigen die Gesamtausgaben ohne das sich die Ausgaben pro Kopf erhöhen. Moderate Prognosen sagen einen Anstieg der Pflegeversicherungsbeiträge bis zum Jahr 2030 von 3,7% aus (BÖRSCH-SUPAN, 1997).

Zukünftige Belastungen durch Pensionen

Pensionen sind die Renten der ehemaligen Beamten. Bezahlt werden die Pensionen jedes Jahr aus dem allgemeinen Steueraufkommen. Auch die Pensionen werden damit über ein Hand-in-den-Mund-System finanziert, Steuern rein, Pensionen raus.

Im Prinzip besteht also kein Unterschied zur gesetzlichen Rentenversicherung, im Detail sind die Unterschiede aber gravierend. Beamte bekommen ein Versprechen auf 75% ihres letzten Gehaltes. Wobei weniger die 75% wichtig sind, als der Passus „des letzten Gehaltes“. Da die Löhne der Beamten mechanisch mit dem Alter steigen, wird die Pension anhand des maximalen Lohnes im Leben eines Beamten berechnet und nicht, wie bei Arbeitnehmern, anhand des durchschnittlichen Lohnes während ihres Arbeitslebens. Die Alterung der Beamten-Gesellschaft führt das Hand-in-den-Mund-System der Beamtenpensionen damit sogar noch stärker in die Krise als die Rentenversicherung. Steigt die Anzahl der Pensionäre, müssen die Steuern erhöht werden.

Nach Schätzungen werden sich die Pensionskosten zwischen 1995 und 2025 verfünffachen. Die gesamten Personalkosten (Löhne und Pensionen) des Staates steigen von 10,5% auf 16,5% des BSP (FÄRBER, 1995).

Belastete Zukunft

Mit den beschriebenen Belastungsfaktoren sind wahrscheinlich die wesentlichen abgedeckt. Zwar wird auf ökologische Lasten immer wieder hingewiesen, allerdings hoffe ich, daß unsere „Grünen Sorgen“ nicht noch größer sind als unsere „Grauen Sorgen“.

In der Summe der Posten steigt die Staatsquote (d.h. die Ausgaben des Staates am BSP) von heute rund 50% auf über 65%. Im Durchschnitt heißt das, daß Steuer- und Abgaben um ein Drittel erhöht werden müssen. Wohlgermerkt - damit geht keine Erhöhung der Leistungen pro Kopf einher. Diese Steuer- und Abgabenerhöhungen sind notwendig, um nur die Leistungen pro Kopf auf dem heutigen Stand zu halten. Werden aber die Erwerbstätigen des Jahres 2030 bereit sein 1/3 mehr Steuern und Abgaben zu zahlen, obwohl sie selbst dafür keine höhere Gegenleistung bekommen? Das Prinzip der „Gleichheit in der Zeit“ ist massiv verletzt.

Abbildung 1: Staatsquote 1999 und 2030

	1999	2030
Beitragssätze		
Rentenversicherung	19,5%	28,0%
Pflegeversicherung	1,7%	3,5%
Arbeitslosenversicherung	6,9%	6,9%
Krankenversicherung	13,6%	20,0%
Summe (inkl. Arbeitslosenversicherung)	41,7%	58,4%
in % des BSP	22,6%	31,7%
Personalausgaben Staat	10,5%	16,5%
Primärüberschuß	1,0%	2,4%
sonstige Staatsausgaben		14,9%
Staatsquote	49,0%	65,5%

Quelle: Sinn, Thum (1999), Börsch-Supan (1997), Färber (1995), Dt. Bundesbank (1997), SVR (1998)

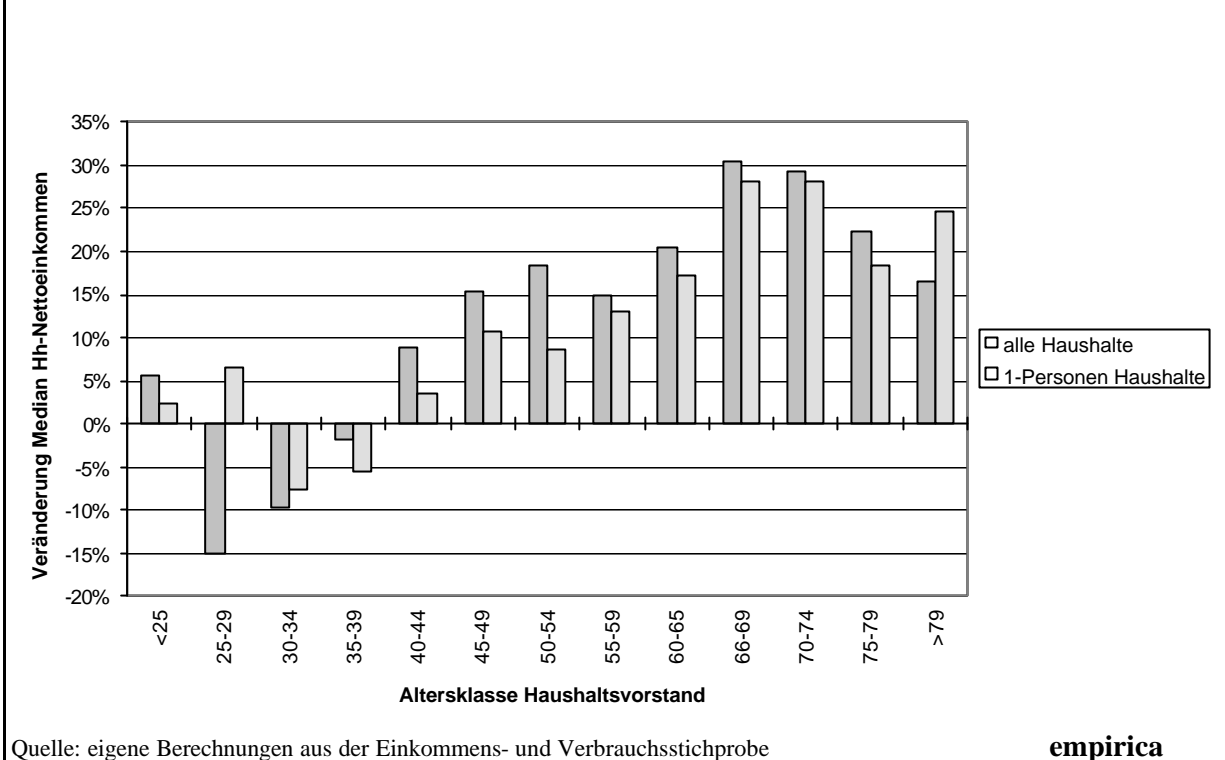
empirica

Sparen, sparen, sparen

Und was nun? Wie kommen wir da wieder raus? Am Gewicht der Lasten läßt sich nicht mehr viel ändern. Eine stärkere Zuwanderung hilft – aber löst das Problem nicht. Trotzdem: Grenzen auf, Programmierer voran.

Auch wenn die Last nicht wesentlich vermindert werden kann, kann vorgesorgt werden. Vorsorgen heißt sparen. Im Augenblick wird überall aufgerufen, doch privat vorzusorgen. Wie denn, wenn die Einkommen der unter 40-Jährigen real seit Ende der 70er Jahre um 5 bis 15% gesunken sind, während die der 60 bis 70 Jährigen um 25% bis 30% gestiegen sind (HAMM, SIMONS 1998). Die gesamten Einkommenssteigerungen der letzten 20 Jahre sind ausschließlich den über 40 Jährigen und insbesondere bei den über 60-Jährigen zugute gekommen. *Die Jungen sind real ärmer geworden.*

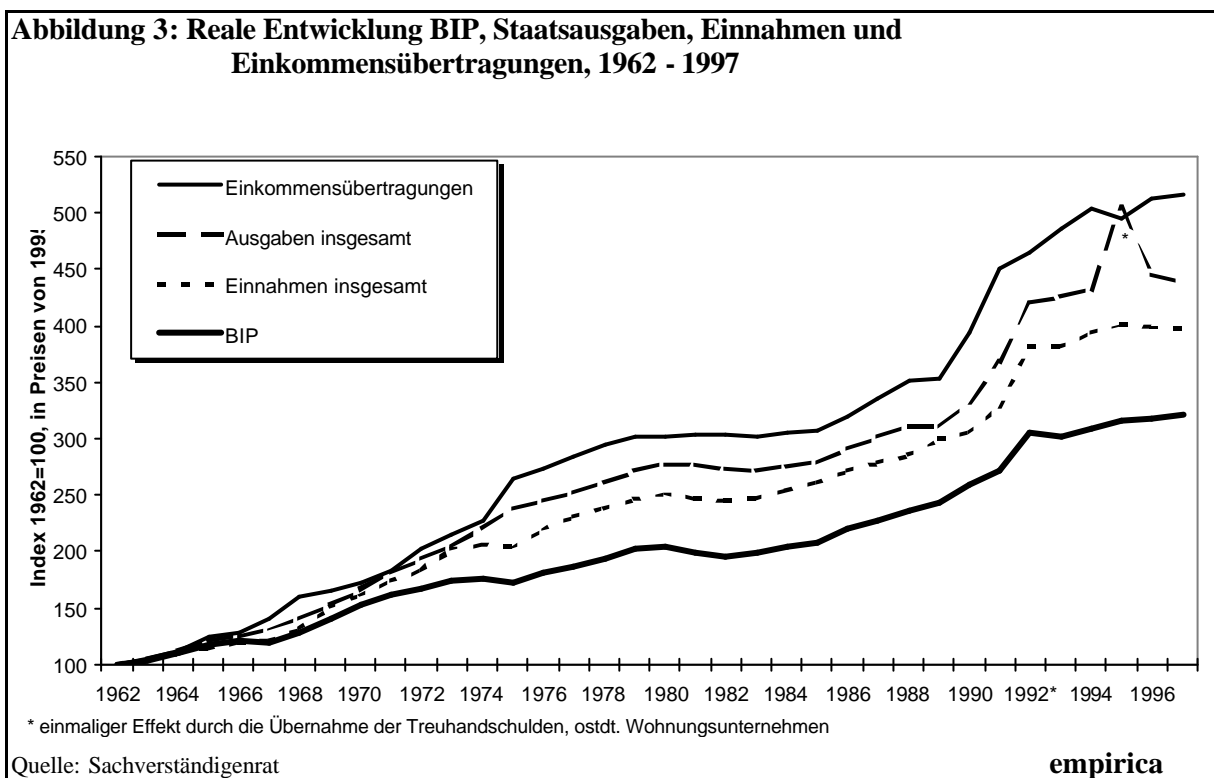
Abbildung 2: Reale Veränderung der Haushaltsnettoeinkommen nach Alter, 1978 - 1993



Trotzdem geht kein Weg daran vorbei. Es muß gespart werden und ein zusätzliches Vermögen angelegt werden. Leider wird die Forderung „Sparen, Sparen, Sparen“ auch durch Wiederholung nicht angenehmer. Mit „Sparen“ als Programmpunkt kann keine Partei und kein Politiker einen Blumentopf gewinnen. Warum ist das so, warum wird sparen nicht honoriert?

In den 50er und 60er Jahren war in Deutschland quasi Frühling. Alles blühte und wuchs (Wirtschaftswunder), es wurde wärmer (die Einkommen stiegen). Die 70ern waren ein schöner Sommer, und weil es einmal regnete (eine kurze Rezession) beschloß man eine ordentliche Party zu veranstalten. Der Staat zeigte sich so richtig spendabel in der ersten Hälfte der 70er Jahre und zündete ein warmes Strohfeuer an. Innerhalb von nur 2 Jahren wurden die Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte um fast 30% ausgeweitet, finanziert über Kredit. Aber es war ja Sommer, das Wirtschaftswachstum hoch, die Arbeitslosenquoten niedrig, wenn auch kurz zuvor leicht angestiegen und dank gesunkener Geburtsraten konnte man zusätzlich die Ausbildungsinvestitionen der nicht geborenen Kinder ausgeben. Damals wurde der Grundstock der heutigen Staatsverschuldung gelegt. Im Rückblick betrachtet müssen das schon „Tolle Tage“ gewesen sein. In einer Art kollektivem Rausch überzeugte man sich damals gegenseitig, das viel Geld ausgeben reich macht. Man nannte es Defizit Spending. Shirley Bassey sang „Hey, big spender“, das Publikum (Wähler) applaudierte und tanzte mit. Zwar vergewisserte man sich gegenseitig, daß dies nur eine kurze Party sei und man später wieder sparen wolle, aber, naja, der Kater wurde dann doch mit einer Bloody Mary bekämpft (die Neuverschuldung blieb hoch). Es wurde Herbst (die Arbeitslosenzahlen stiegen, die

Staatsverschuldung auch, die Geburtenraten blieben niedrig), aber es wurde weiter Bloody Mary bestellt, der Deckel wurde höher (weiter Geschenke auf Kredit). In den 80er Jahren fing der Wirt an böse Blicke zu werfen und man einigte sich dann darauf, etwas weniger Wodka beizumischen, aber eine Entziehungskur war das auch nicht. Dann kamen ein paar schöne Tage im Oktober (Wiedervereinigungsboom), gefolgt vom ersten Frost (kein Wirtschaftswunder in Ostdeutschland). Auf den Schock bestellte man erstmal noch ein Bier (die Staatsverschuldung explodierte) und lud auch den Nachbartisch mit ein (Einführung der Pflegeversicherung). Jetzt ist Ende November und man kann den ersten Schnee schon riechen (Alterung) und der Wirt gibt klare Zeichen, „Bald ist Schluß mit lustig“. Deutschland steht vor der Wahl wie denn der Dezember zu nutzen sei. Entweder weitersaufen bis Sylvester, um dann vom Wirt in den Schnee geworfen zu werden, oder jetzt nach Hause gehen, den Kater ausschlafen und einen Holzvorrat für den Winter anzulegen.



Seit 40 Jahren steigen die Einkommensübertragungen des Staates an die Haushalte und Unternehmen (Rente, Sozialhilfe, Subventionen etc.) schneller (+515%) als die gesamten Staatsausgaben (+ 440%), diese wiederum schneller als die Einnahmen (+ 400%) und diese wiederum schneller als die Wirtschaftsleistung (+ 320%). An diesen 4-fach Turbo im Geldverteilen hat sich Deutschland gewöhnt. Es wird seit Jahrzehnten schlicht ignoriert, dass jede Ausgabe auch von irgend jemand bezahlt werden muß oder im Volkswirtschaftler Jargon – die Budgetbeschränkung wird ignoriert. Leider hat der Wähler die unangenehme Aufgabe des Beaufsichtigens der Budgetbeschränkung delegiert. Für Sparen ist der Finanzminister zuständig. Aber der Finanzminister kämpft ohne Rückendeckung. Versucht der Finanzminister tatsächlich und ohne Buchungstricks zu sparen, wie zum Beispiel die Berliner Ex-Finanzsenatorin Fugmann-Heesing, fliegt er oder sie.

Leider hat der Wähler nicht nur die Sparaufgabe delegiert, sondern er hat auch die Gegenposition abgegeben. Die gutorganisierten Lobbyisten haben sich aber verselbständigt. Das Ziel ihres Handelns steht in der jeweiligen Satzung und für dieses Ziel wird gekämpft, ohne Rücksicht auf Verluste. Die Delegation der Ausgabenverantwortung auf Single-Issue-Gruppen verhindert aber eine Diskussion über Umfang und Ziel der staatlichen Ausgaben. Jeder Sparvorschlag wird von den etablierten Lobbyisten verglichen mit dem aktuellen Status-Quo und wird entsprechend ungnädig aufgenommen. Am Ende kommt ein Kompromiß raus, bei dem die Ausgaben erhöht, die Einnahmen auch, aber weniger und der Rest über neue – offene oder verdeckte – Staatsschulden auf die Zukunft verlagert wird. Abbildung 3 zeigt: die Ausgaben sind stets schneller als die Einnahmen, die Einnahmen stets schneller als das BIP gestiegen. Die Staatsschulden sind explodiert und steigen weiter. Allein zur Konstanthaltung der Schuldenquote am BIP müßten die Einnahmen ab sofort um 1,4% erhöht (Primärüberschuß von 1,0% auf 2,4% des BIP) oder die Ausgaben entsprechend gesenkt werden.

Konkrete Vorschläge

Deutschland wird diese Staatsausgabenfalle nicht verlassen können, ohne neue Wege in der Sparpolitik. Nicht die Vergangenheit und das Heute darf die Meßlatte sein, sondern ausschließlich die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Weg 1: Generationenbilanzen erstellen

Generationenbilanzen geben Aufschluß über die Größenordnung der Verschiebung der Lasten auf die Zukunft. Prof. Raffelhüschen von der Universität Freiburg erstellt solche Generationen seit einigen Jahren. Ergebnis: die *Generationengerechtigkeit* ist massiv verletzt (RAFFELHÜSCHEN, 1998). Aber es macht einen großen Unterschied, ob solche Zahlen amtlich sind oder nicht. Zweitens muß für jedes neue Gesetz eine eigene amtliche Untersuchung über seine Wirkung auf die Generationengerechtigkeit erstellt werden. In den Niederlanden ist dies seit Jahren Standard.

Eine unabhängige Institution, die Vertrauen erweckt, muß damit beauftragt werden – „Generationenrat“ könnte sie heißen. Nichts ist nerviger, als gegen amtliche geschönte Zahlen argumentieren zu müssen, wie dies im Falle der Rentenversicherung jahrelang nötig war. Angegliedert werden könnte der Generationenrat an den Sachverständigenrat Wirtschaft oder die Bundesbank. In den Niederlanden ist dafür das Central Planning Bureau etabliert worden. Jede Generationenuntersuchung muß eine allgemeinverständliche Zusammenfassung enthalten, damit jeder Wähler in der Lage ist mitzudiskutieren und nicht nur die Spezialisten.

Ohne den amtlichen Generationenuntersuchungen vorweggreifen zu wollen, soll im folgenden mit ein paar Vorschlägen die Diskussion begonnen werden. Die Übersicht über die Gesamtbelastung machte

die Notwendigkeit radikaler Kürzung deutlich, entsprechend gehen die Forderungen auch über das hinaus was bislang als Konsensfähig angesehen wurde.

Weg 2: Die Renten der heutigen und aller zukünftigen Rentner werden gekürzt und nicht, wie bisher, nur die Renten der zukünftigen Generationen

Die nächste Rentenversicherungsreform muß das Ziel verfolgen, der Generationengerechtigkeit wieder näher zu kommen. Eine reine Kürzung heutiger und zukünftiger Renten reicht indes noch nicht aus, zusätzliche Vorsorge tut Not. Nach Schätzungen müßte jeder Junge etwa 4 bis 4,5% (SINN, 1998) seines Einkommen zusätzlich sparen, um im Alter ebenso versorgt zu sein, wie die Rentner heute. Dies ist für viele junge Haushalte jedoch schwierig, nicht zuletzt, da sie ja bereits 20% ihres Einkommen an die Rentenversicherung abführen und ihre Einkommen sinken. Daher ist eine Rentenkürzung auch bei den heutigen Rentnern notwendig. Dies schafft erst den Spielraum für die zusätzliche private Vorsorge. Von den 4%-Punkten sollten die heutigen Rentner die Hälfte beisteuern, d.h. 2%, dies impliziert eine Rentenkürzung von 10%.

Drei „Argumente“ werden dem entgegengehalten:

- „Ich habe 40 Jahre lang gearbeitet – die Rente wurde mir versprochen“. Dies ist richtig, aber es trifft nicht der Kern der Sache, schließlich wird uns, den unter 40-jährigen, auch eine Rente versprochen, das Versprechen wird aber nicht gehalten werden können.
- „Was soll man einem Rentner mit 500 DM Rente denn noch wegnehmen!“. Damit wird suggeriert, dass Rentner zu den Bedürftigen in der Gesellschaft gehören. Dies ist schon lange nicht mehr der Fall. Armut ist heute jung, weiblich mit Kindern. Die geläufige Formel „Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger“ muss schon lange „Alleinerziehende, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger“ lauten. Nur knapp jeder 100ste der 75 bis 80 Jährigen ist Sozialhilfeempfänger, aber fast jedes zehnte Kind unter 3 Jahre bekommt laufende Unterstützung (bzw. die Eltern). Die heutigen Rentner sind nicht mehr die armen Kriegerwitwen, sondern gehören einer Generation an, die 40 Jahre im Wirtschaftsaufschwung gelebt und verdient hat. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen von Rentnern mit nur 500 DM Rente beträgt übrigens 3.200 DM, es sind vor allem ehemalige Selbstständige, die nur als junge Menschen ein paar Jahre eingezahlt haben, bevor sie sich selbständig machten.
- „Ihr erbt ja auch was“. Zunächst einmal stelle ich fest: Wo es was zu vererben gibt, muss auch was vorhanden sein. Dieses Argument passt damit kaum zum zweiten Argument. Entweder reiche Erbonkel oder arme Rentner, aber nicht beides gleichzeitig. Im Einzelfalle mag eine zukünftige Erbschaft die Zusatzbelastung eines heute Jungen zwar überkompensieren. Wenn dies aber im Durchschnitt der Fall sein sollte, müssten die gesamten Schulden (= Versprechungen der Sozialversicherungen, Staatsverschuldung) kleiner als das gesamte Volksvermögen sein. Dies ist

aber nicht der Fall¹. Alle Maschinen, Anlagen und Gebäude sind weniger wert als die impliziten Schulden aus den bereits ausgesprochenen Zahlungsverprechungen. Allerdings ist unsere Ausbildung in diesen Zahlen nicht berücksichtigt und dieses Humankapital ist wichtiger als das Sachkapital in Maschinen und Immobilien. Trotzdem gleicht dies die Ungerechtigkeit zwischen den Generationen nicht aus, da auch wir unseren Kindern eine ordentliche Ausbildung zu bezahlen werden.

Weg 3: Die Jungen müssen verpflichtend mehr Sparen.

Damit verhindert wird, daß die anzuerkennende Sparleistung der heutigen Rentner von den Jungen verpulvert wird, könnte man über einen Sparzwang – wie von Arbeitsminister Riester vorgeschlagen – nachdenken.

Weg 4: Aus den Pensionen und den Gehältern aller aktiven Beamten, also nicht nur der Jungen, wird ein Fonds gespeist, aus dem ab dem Jahr 2020 100% aller Pensionen gezahlt werden können. Eine Kompensation über eine Erhöhung der Gehälter findet nicht statt.

Der Sparbeitrag der Rentner muß seine Entsprechung bei den Pensionen haben. Auch hier muß ein Kapitalstock gebildet werden, aus dem die zukünftigen Lasten bezahlt werden können.

Das Land Rheinland-Pfalz gilt hier als Vorreiter. Es führte 1996 einen Pensionsfonds ein. Die Struktur ist analog zur jüngst diskutierten Sparverpflichtung der abhängig Beschäftigten. Die Beamten zahlen 1% ihres Gehaltes an diesen Fonds, aus dem ab etwa 2050 100% der Versorgungsausgaben finanziert werden können. Auch wenn dieser Vorstoß löblich ist, eine „Gerechtigkeitslücke“ existiert trotzdem. So wird dieser Fonds nicht etwa von allen Beamten und Pensionären gespeist, sondern nur von den jungen, nach 1.1.1996 eingestellten Beamten. Die Sparlast wurde damit vollständig auf die heute junge Generation der Beamten abgeladen.

Weg 5: Krankenversorgung sicherstellen

Wer krank ist, dem muß geholfen werden. Dies muß unter allen Umständen auch in Zukunft gelten. Die Gefahr besteht darin, daß die Gesamtbelastung zu groß wird und dann auch die Krankenversorgung eingeschränkt werden muß. Wenn nicht bei der Krankenversorgung, dann muß an

¹ Der heutige Barwert der Rentenanwartschaften beträgt etwa 10 bis 12 Billionen DM, die Barwerte der zukünftig zu zahlenden Pensionen der Beamten weitere 2 bis 3 Billionen DM, zuzüglich der offen ausgewiesenen Staatsschuld ergibt sich bereits ein Schuldenstand von 16 Billionen DM. Dies entspricht in etwa dem deutsche Volksvermögen. Unter Berücksichtigung der Pflege- und Krankenversicherung übersteigt der Barwert der Zahlungsverprechen das deutsche Volksvermögens.

anderer Stelle gespart werden. Nach dem Motto: wenn ich weniger Geld habe, sollte ich vielleicht das Premiere-Abo kündigen anstatt zu Hungern.

Weg 6: Abschaffen der Pflegeversicherung. Wer selbst zahlen kann, soll auch selbst zahlen. Wer nicht selbst zahlen kann, für den zahlen alle Steuerzahler gemeinsam.

Ziel der Blümschen und Dresslerschen Pflegeversicherung war es, die Lasten und Kosten einer zunehmend pflegebedürftigen Bevölkerung zu sozialisieren. Zwei Fälle sind zu unterscheiden:

- Der Pflegebedürftige hatte vor Einführung der Pflegeversicherung nicht genügend Geld die Pflegeleistungen selbst zu zahlen. Dann übernahm das Sozialamt die Pflegekosten, das sein Geld wiederum von den Steuerzahlern bekam. Jetzt ist es so, daß die Pflege von der Pflegeversicherung bezahlt wird, die wiederum von den Beschäftigten ihr Geld bekommt. Der Unterschied ist vergleichsweise gering: früher zahlten alle Steuerzahler für die Pflege, jetzt nur noch die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Es entbehrt nicht der Komik, daß ein Vorschlag zur Stützung der Rentenversicherung heute ausgerechnet das Gegenteil fordert: Nicht nur die Beschäftigten, sondern alle sollen einzahlen.
- Der Pflegebedürftige hatte selbst genügend Geld seine Pflege zu bezahlen und tat dies auch. Jetzt aber übernimmt die Pflegeversicherung die Kosten der Pflege. In diesem Falle wirkt die Pflegeversicherung wie eine Versicherung zum Schutz von Vermögen, bezahlt von allen Erwerbstätigen. Zweitens, wo es was umsonst gibt, wollen natürlich alle immer alles haben – das System wird dadurch immer teurer.

Da die Pflegeversicherung im Vergleich zur Renten- und Krankenversicherung erst 1992 eingeführt wurde, bedeutet dies, daß die heutigen Leistungsempfänger niemals selbst einbezahlt haben. Ihnen wurde niemals versprochen, Leistungen zu bekommen. Sie bekommen es schlicht geschenkt. Eine Abschaffung ist möglich.

Weg 7: Wehret den Anfängen: Rente mit 60...

Zur Zeit läuft wieder mal eine Diskussion die geeignet ist die junge Generationen weiter auszubeuten. Ältere Erwerbstätige sollen bereits mit 60 in den Ruhestand entlassen werden können. Dies würde die Rentenkasse pro Person satte DM 100.000 kosten. Also wurde die „Rente mit 60“ aus der Taufe gehoben, ein neues Umlagesystem zur Ergänzung des alten. Billiger wird es zwar dadurch nicht, es sieht aber besser aus. Die Erwerbstätigen sollen monatlich 1% ihres Gehaltes an eine neue Kasse abführen, aus der dann die DM 100.000 pro Kopf bezahlt werden. Die Hoffnung ist, dass einige der freiwerdenden Stellen dann von jungen Erwerbstätigen besetzt werden, nach Schätzungen geschieht dies aber nur in jedem siebten bis elften Fall. Faktisch heißt das also, daß die Jungen 700.000 bis 1,1

Millionen DM dafür zahlen, damit ein zusätzlicher Junger für 5 Jahre (statt 65 Rente mit 60) in Arbeit ist. Pro Arbeitstag also zwischen 650 und 1000 DM im Vergleich zu einem Nettolohn von vielleicht 100 DM pro Tag. So etwas unter dem Schlagwort „Beschäftigungsbrücke“ als einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit zu verkaufen, grenzt an eine intellektuelle Beleidigung.

Die Rente mit 60 soll nur für die Geburtsjahrgänge 1940 bis 1945 gelten. Für alle anderen gilt dann wieder „Rente mit 65“. Davon wird man noch lange sprechen, für unsere Generation wird sowieso „Rente mit 70“ gelten. Und wir werden dankbar sein, wenn unser Geist und Körper solange mitmacht. Denn unsere Rente, Kranken, Pflegeversorgung wird nicht üppig sein, wenn nichts geschieht. Dann bleiben von den sieben nur zwei (Flucht-) Wege: Auswandern oder die Rückflüge von Mallorca verbieten.

LITERATURVERZEICHNIS

BESENDORFER, D., BORGMANN, C., RAFFELHÜSCHEN, B., „Ein Plädoyer für intergenerative Ausgewogenheit: Rentenreformvorschläge auf dem Prüfstand“ in: ifo-Studien, 44. Jg., H. 3, München, 1998, S. 209 – 231.

BÖRSCH-SUPAN, A., „Germany: A Social Security System on the Verge of Collapse“; Manuskript vorgelegt zur Konferenz „Redesigning Social Security“, Kiel, 26.-27. Juni 1997.

BREYER, F., ULRICH, V., Gesundheitsausgaben, Alter und medizinischer Fortschritt: eine ökonomische Analyse, unveröffentlichtes Manuskript. Universitäten Konstanz und Greifswald 1999.

DEUTSCHE BUNDESBANK, „Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der Vereinigung“ im: Monatsbericht, 49. Jg., März 1997, S. 17 – 32.

FÄRBER, G., „Revision der Personalausgabenprojektion der Gebietskörperschaften bis 2030“, in: Speyerer Forschungsberichte, Hf. 110, 3. Auflage, 1995.

HAMM, H., SIMONS, H., „Vermögensbildung der Baby-Boomer-Generation“, in: Der Langfristiger Kredit, 50 Jg., H. 14, 1999, S. 468 – 472.

KNAPPE, E., WINKLER, A., (Hrsg.), Sozialstaat im Umbruch, 1997.

PFEIFFER, U., SARRAZIN, T., SIMONS, H., VON DER GROEBEN, G., „Demographie, Staatsverschuldung und Umbau der sozialen Sicherung“, Thesenpapier des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2000.

SINN, H.-W., THUM, M., „Gesetzliche Rentenversicherung: Prognosen im Vergleich,“ ifo-Institut, München, 1999, mimeo.

SINN, H.W., „Die Krise der Gesetzlichen Rentenversicherung und Wege zu ihrer Lösung“, Manuskript vorgelegt anlässlich der Feierlichen Jahressitzung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften am 5.12.1998.